

«SCHNITTSTELLENARBEIT» IM KANTON ZÜRICH

Auf dem Weg zu einer integrierten Übergangspolitik

Zunehmende Schwierigkeiten für Jugendliche beim Einstieg in die Berufsbildung erhöhen den Handlungsdruck, gute Erfahrungen aus zahlreichen LSB2-Projekten zeigen Handlungsmöglichkeiten auf. Gefordert sind jetzt eine Bündelung der Kräfte, eine gemeinsame Sicht des Übergangsbereichs, eine integrierte Übergangspolitik. Ein Bericht aus dem Kanton Zürich.

Madeleine Wolf
André Monhart
Luzi Schucan

Jugendlichen mit Schwierigkeiten beim Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung stehen ergänzende Bildungsangebote (Brückenangebote) sowie allgemeine und individuelle Supportdienstleistungen zur Verfügung (Berufsberatung, Berufsinformation, Unterstützung bei Berufswahl, Lehrstellensuche usw.). Zuständig und wegleitend für diese Angebote sind in der Regel eine Vielzahl von Institutionen, Regelwerken, Finanzierungsrichtlinien und möglicherweise auch Werthaltungen.

Unter «Integrierter Übergangspolitik»¹ wird im Folgenden die Gesamtheit von Konzepten und Massnahmen verstanden, die die Unterstützungsangebote an diesem Übergang bestimmen. Eine solche Politik benötigt mindestens vier Elemente:

- Bildungsstufen- und institutionenübergreifende Konzepte dienen als Orientierungsrahmen für einzelne Massnahmen. Es wird auch nach der pilotprojektfreudigen LSB2-Zeit neue Versuche brauchen, um Teilprobleme anzugehen, weshalb eine Steuerung und ein Orientierungsrahmen nötig sind.
- Institutionen, die für Schule, Berufsberatung, Berufsbildung und Arbeitsmarkt zuständig sind, arbeiten bei allen Fragen, die den Übergang betreffen, eng zusammen. Die Zusammenarbeit soll pragmatisch sein, aber auf einer gemeinsamen Politik beruhen, mit gemeinsamen Zielen und Haltungen («keine Schulabgänger/innen ohne Anschlusslösung», «Machbares sofort», «grössere Verbindlichkeit bei der individuellen Förderung»).
- Entwicklungsarbeiten und Massnahmen nehmen über die Systemgrenzen von Bildungsstufen und Amtszuständigkeiten hinweg auf Angrenzendes Bezug: Bei der Reform des neunten Schuljahres können Erfolgsfaktoren des zehnten berücksichtigt werden; Stabübergaben bei individuellen Fördermassnahmen müssen harmonisch erfolgen oder können durch Case Management ersetzt werden.
- Damit von Übergangspolitik gesprochen werden kann, müssen Konzepte und Massnahmen von oben mitgetragen werden.

RUNDER TISCH ZUR VERWALTUNGSINTERNEN KOORDINATION

Die Quantitäten im Kanton Zürich sind beachtlich: Im Schuljahr 2004/2005 befinden sich gegen 3000 Jugendliche in einem Zwischenjahr oder einem Motivationssemester. Gegen 1000 Jugendliche standen am Anfang der Sommerferien noch ohne Anschlusslösung da, unter ihnen gehäuft Jugendliche mit Migrationshintergrund. Der Rückgang des publizierten Lehrstellenangebots sowie das teilweise Auseinanderklaffen der Erwartungen von Lehrbetrieben und nachfragenden Jugendlichen erhöhen den Handlungsdruck zusätzlich. Und dies in einer Zeit akzentuierter Sparmassnahmen!

Im Sommer 2004 trafen sich Vertreter und Vertreterinnen der für Volksschule, Berufsberatung, Berufsbildung und Arbeitsmarkt zuständigen Ämter an einem runden Tisch, um eine Standortbestimmung zum Thema «Verbesserung der Bildungschancen von Schulabgänger/innen mit schulischen, sozialen und/oder sprachlichen Schwierigkeiten» vorzunehmen. Man stellte fest, dass die Themen im Übergangsbereich Schule–Berufsbildung bereits fast vollständig bearbeitet werden (vgl. Tabelle Seite 5). Ein Teil des Bodens war durch entsprechende LSB2-Pilotprojekte gut vorbereitet. Prioritäten waren richtig gesetzt.

Der runde Tisch tritt in einem halben Jahr wieder zusammen, eine Koordinationsgruppe arbeitet zwischenzeitlich weiter. Der Einbezug von Arbeitgebenden, Eltern und Lehrkräften ist in zahlreichen Projekt- und Entwicklungsgruppen sichergestellt. Die AMOSA-Zukunftskonferenz zur Jugendarbeitslosigkeit bestätigte die Dringlichkeit des Themas und gab der Initiative des runden Tisches weiteren Schub. Der Weg zu einer integrierten Übergangspolitik ist eingeschlagen.

MASSNAHMENKATALOG FÜR DIE VOLKSSCHUL-OBERSTUFE

Der schwierige Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung und andere Probleme der Sekundarstufe I haben zudem den Bil-

dungsrat des Kantons Zürich bewogen, am 5. Juli 2004 einen Massnahmenkatalog für die Oberstufe zu verabschieden. Ziel der Reformen ist es, das Potenzial der Jugendlichen besser auszu-schöpfen und ihre Vorbereitung auf den Übergang zu optimieren. Die Aufträge lauten:

1. Erarbeitung eines Konzepts für die Neugestaltung des 9. Schuljahres: Das Konzept wird bis Ende 2004 auf der Grundlage von Empfehlungen aus der Evaluation des bisherigen Wahlfachsystems (Landert 2000) erarbeitet und umfasst eine Flexibilisierung der kantonalen Rahmenbedingungen. Die inhaltliche und organisatorische Neuausrichtung erfolgt auf der Basis einer individuellen Standortbestimmung der Schülerinnen und Schüler in der Mitte des 8. Schuljahres. Das adaptive Testinstrument «Stellwerk» (Beitrag Seite 6) soll förderorientiert eingesetzt werden. Auf Grund des erstellten Kompetenzprofils sollen im neu gestalteten 9. Schuljahr Stärken ausgebaut und bestehende Lücken geschlossen werden. Eine zweite Standortbestimmung vor den Frühlingsferien würde es ermöglichen, die individuellen Lernfortschritte und den Lernstand gegen Ende des 9. Schuljahres nochmals zu überprüfen und ein eigentliches «Abschlussprofil» zu erstellen.
2. Ausarbeitung von Thesen zur Weiterentwicklung der Oberstufe: Im Vergleich mit anderen Kantonen weist die Sekundarstufe I im Kanton Zürich eine hohe Differenzierung mit vier Schultypen auf. Die damit verbundene Problematik und mögliche Vorschläge zur Weiterentwicklung der Sekundarstufe I sind Gegenstand des Thesenpapiers.
3. Erarbeitung eines Vorschlags für ein neues Oberstufenzeugnis: Neu soll die Beurteilung der Leistungen in den Sprachfächern mit je vier Teilkategorien im Zeugnis abgebildet werden. Die bisherige Gesamtnote in Realien wird ebenfalls differenziert. Das Arbeits- und Lernverhalten und das Sozialverhalten werden im Zeugnis ausgewiesen. Mit einem einheitlichen Zeugnisformular soll die Lesbarkeit für die Lehrbetriebe verbessert werden. Die Einführung ist ab Schuljahr 2005/2006 vorgesehen.

PROJEKTE DER BERUFSBERATUNG

Die zunehmenden Berufseintrittsprobleme einer wachsenden Zahl von Jugendlichen zeigen, dass die klassischen Informations- und Beratungsangebote nicht mehr immer zum Erfolg führen. Die Schwierigkeiten sind eben nicht nur auf ein problematisches Umfeld oder schulische Schwächen zurückzuführen, sondern wurzeln nicht selten im engeren oder weiteren persönlichen Bereich der jungen Leute. Das erfordert nachhaltige Begleitung, Coaching und Mentoring.

Mit dem Projekt «Transfer» soll eine Übersicht geschaffen werden über die Unterstützungsangebote für Jugendliche mit Integrations-schwierigkeiten an der Nahtstelle obligatorische Schule-Berufsbildung. Ziel ist es, Grundlagen zu schaffen für die Weiterentwicklung und Koordination der Angebote der Berufsberatung und weiterer Anbieter. Es sollen auch alternative Ansätze aus anderen Kantonen erfasst werden.

Zielgruppe des Projekts «Integras» sind Migrantinnen und Migranten vom 7. Schuljahr an und ihre Eltern. Sie werden mit sprach-gruppenspezifischen Informationsveranstaltungen über das Berufs- und Bildungssystem der Schweiz orientiert. Jugendliche berichten über ihre Erfahrungen und übernehmen so eine wichtige Funktion als Multiplikatoren. Den Eltern wird auch die Wichtigkeit ihrer Rolle während der Berufswahlphase der Kinder aufgezeigt.

Das «Rahmenkonzept für die Zusammenarbeit von Schule und Berufsberatung auf dem Gebiet der Berufswahl und der Lehrstellenfindung» regelt verbindlich gemeinsame Interventionen während des 8. und 9. Schuljahrs. Im Sinne eines Case Managements werden die Aufgaben der verschiedenen Kooperationspartner festgelegt und terminiert. Standortbestimmungen für Jugendliche werden im 8. wie auch im 9. Schuljahr festgesetzt, mit dem Ziel, zu garantieren, dass Jugendliche mit Problemen frühzeitig vom Regelsystem erfasst werden.

Fussnoten und **Angaben zu den Autoren** finden Sie auf Seite 35.

Übergang Volksschule-Berufsbildung: Bildungs- und Supportangebote und laufende Konzeptarbeiten im Kanton Zürich

	Bildungsangebote	Allgemeiner Support	Individueller Support
Volksschule	Volksschul-Oberstufe • Neugestaltung 9. Schuljahr (VSA) • Thesen zur Weiterentwicklung der VS-Oberstufe (VSA) • Neues Oberstufenzeugnis (VSA)	Berufswahlvorbereitung, Berufsinformation, Berufsberatung, Lehrstellenvermittlung (LENA) • Konzept Zusammenarbeit Schule-Berufsberatung (AJB) • Projekt Integras (AJB)	Unterstützung bei Berufswahl, Lehrstellensuche, Realisierung Anschlusslösung (SOS-Starthilfe), Mentoring • Projekt Transfer (Angebote zur individuellen Unterstützung: Bedarf, Wirkungen) (AJB)
Übergang	Brückenangebote (inkl. Motivationssemester) • Projekt Reform Brückenangebote (MBA)	Berufsbildungsmarketing/ Lehrstellenförderung	
Berufliche Grundbildung	Attestausbildungen (zum mittelfristigen Ersatz der Anlehre) weitere niederschwellige Ausbildungen • Einführung Attestausbildung (MBA)	Kurse für Berufsbildner/innen (Lehrmeisterkurse), Beratung von Lehrbetrieben • Konzept Berufsbildungsmarketing/ Lehrstellenförderung (MBA)	Fachkundige individuelle Begleitung FIB (zu Attestausbildung; im Aufbau) Stützkurse, psychologische und Lernberatung, weitere Coaching-Angebote • Konzept Coaching/FIB (MBA)

VSA Volksschulamt

AJB Amt für Jugend und Berufsberatung

MBA Mittelschul- und Berufsbildungsamt